

Voranschlag 2014

Kantonsrat, 26. November 2013

Ich kann in die mehrheitlich positive, wenn auch – Herr Kantonsrat Alder-St.Gallen – nicht euphorische Beurteilung des Kommissionspräsidenten und der Fraktions-sprecher einstimmen: Der Voranschlag 2014 zeigt – Sie haben es mehrfach er-wähnt – einen Silberstreifen am Horizont. Er weist zwar ein effektives Defizit von 80 Mio. Franken aus; dieses möchte ich nicht wegreden. Aber es fällt im Vergleich zu den Vorjahres-Budgets um einiges moderater aus. Damit folgt die Haushaltsent-wicklung dem Konsolidierungspfad, den wir mit den Sparpaketen I und II und dem Entlastungsprogramm 2013 (EP 2013) angekündigt hatten. Mein Fazit deckt sich deshalb mit demjenigen von Kantonsrat Mächler-Zuzwil: Die Sparpakete zeigen Wirkung.

Die Massnahmen werden umgesetzt. Wir haben dies in der Botschaft auf Seite 90 und 91 festgehalten. Dies gilt nicht nur für das EP 2013, sondern auch für die Spar-pakete I und II. Die Entlastungswirkung betragen im einen Fall rund 90 und im an-deren rund 180 Mio. Franken. Hinzu kommt die Entlastung von fast 80 Mio. Fran-ken aus dem EP 2013. Dies ist der Grund, meine Damen und Herren, dass wir ein Budget präsentieren, das sich doch einigermaßen sehen lässt.

Die Finanzierungslücke fällt entsprechend geringer aus und damit wird der Bezug aus dem freien Eigenkapital entsprechend kleiner sein. Im Vorjahr waren es noch Eigenkapitalbezüge von insgesamt rund 140 Mio. Franken; im Voranschlag 2014 sind es noch gut 75 Mio. Franken, wovon 50 Mio. Franken aus dem freien Eigen-kapital. Und dies ist ja eben, Herr Kantonsrat Alder, gerade die Funktion des Ei-genkapitals, dass wir auf unvorhersehbare, kurzfristige Ausfälle, wie – Sie haben es erwähnt – beispielsweise bei den Gewinnausschüttungen der Nationalbank, reagie-ren und auch Konjunkturschwankungen auffangen können. Es ist aber nicht die Aufgabe des freien Eigenkapitals, dass wir über dieses Instrument das strukturelle Defizit zu "lösen".

Das freie Eigenkapital wird sich Ende 2014 etwa einpendeln auf einem Stand von rund 150 Mio. Franken. Ich stimme Herrn Kantonsrat Imper-Mels zu, dass es sich bei diesem Betrag um einen "Sockelbetrag" handelt, der jetzt nicht mehr unterschritten werden sollte. Er dient jetzt wirklich dem Auffangen von besonderen Umständen. Wir haben es schon in der Botschaft zum EP 2013 gesagt: Dies ist nun wirklich der Mindestbestand. Dieser Minimalbestand hängt nun aber natürlich nicht allein vom Voranschlag 2014 ab, sondern auch vom Rechnungsabschluss 2013 – Kantonsrat Hartmann-Flawil hat zurecht darauf hingewiesen. Die mutmassliche Rechnung fällt einmal mehr etwas besser aus als budgetiert. Wir rechnen gemäss Botschaft mit einem Aufwandüberschuss von 8,8 Mio. Franken. Nach heutigem Stand der Kenntnisse dürfte das Ergebnis dank etwas höherer Steuererträge sogar noch etwas besser ausfallen. Grund sind vor allem die Steuern der juristischen Personen.

Wir dürfen also einigermaßen befriedigt zur Kenntnis nehmen, dass die angestrebte Stabilisierung unseres Kantonshaushalts langsam zu greifen beginnt.

Ich habe es erwähnt, wie einige von Ihnen auch: Gewisse Unsicherheiten bleiben, wie bei jedem Voranschlag bestehen. In erster Linie zähle ich die Gewinnausschüttungen der Nationalbank (SNB) zu einer dieser Unsicherheiten. Der Zwischenabschluss der SNB per Ende September 2013 sah bekanntlich nicht gerade rosig aus. Im Wesentlichen hat der Goldpreis zu diesem Konzernverlust im dritten Quartal geführt. Erfahrungsgemäss können sich die Kurse schnell ändern. Wir haben dies mehrfach erfahren und deshalb möchte ich das Ergebnis der Nationalbank nach dem dritten Quartal auch nicht dramatisieren. Gewissheit haben wir dann Mitte Januar 2014, wenn die SNB ihr Jahresergebnis präsentieren wird. Ich muss aber natürlich Herrn Kantonsrat Hartmann-Flawil recht geben: Letztlich ist ein exogener Faktor, von dem der Voranschlag entscheidend mitabhängt.

Weniger Unsicherheit haben wir derzeit bei der Konjunkturentwicklung. Alle Prognosen für das nächste Jahr lauten positiver als auch schon. So prognostiziert das Seco für das nächste Jahr ein BIP-Wachstum von 2,3 %. Dies wird sich positiv auf die Steuereinnahmen auswirken. Wir rechnen mit Mehrerträgen von rund 60 Mio.

Franken bei den kantonalen Steuern (+4%) und etwa 7 Mio. Franken bei den direkten Bundessteuern (+6%). Damit kommen die Steuererträge insgesamt wieder auf den Stand von 2007 zu stehen.

Wenn Sie – Herr Kantonsrat Imper hat darauf hingewiesen – das letzte Woche präsentierte Steuermonitoring betrachten, so stellen Sie fest, dass wir an Attraktivität tatsächlich wieder verloren haben, nicht nur wegen der Steuerfussentwicklung, auch wegen anderer Faktoren. Dies ist dort sehr gut nachzulesen. Insbesondere sind wir bei zwei, drei Steuerarten ganz schlecht platziert; dies haben Sie mitbekommen: Einerseits bei der Steuersituation für die Alleinstehenden und dann andererseits auch bei den Vermögenssteuern. Da sind wir etwa auf dem Rang 20 oder 21 und gerade da möchte die SP unseren Rang sogar noch etwas verschlechtern. Vielleicht "gelingt" es dann dank Ihrer Initiative, dass wir noch vom Kanton Jura "überholt" werden, was ich natürlich nicht hoffe.

Der Aufwand nimmt im Voranschlag 2014 um rund 80 Mio. Franken zu. Das tönt nach viel, aber das bereinigte Aufwachstum beträgt 1,7 Prozent, liegt damit unter dem BIP-Wachstum. Die Staatsquote wird sich damit erfreulicherweise nicht erhöhen. Und es ist tatsächlich so: Wir haben die Ausgaben im Griff.

Einen Mehraufwand verzeichnen wir vor allem in drei Bereichen (Veränderung gegenüber dem Voranschlag 2013):

- öffentlicher Verkehr +18 Mio. Fr.
- ausserkantonale Hospitalisationen +10 Mio. Fr.
- Abschreibungen + 13 Mio. Fr.

Alle diese Zunahme lassen sich gut erklären: Die Zunahme beim öffentlichen Verkehr ist auf die Einführung der S-Bahn St.Gallen zurückzuführen. Die Zunahme bei den ausserkantonalen Hospitalisationen ergibt sich einerseits aus dem höheren kantonalen Vergütungsanteil für stationäre Hospitalisationen (54 statt 52 Prozent) und andererseits aus dem Anstieg der Pflagestage in ausserkantonalen Gesundheitseinrichtungen. Der Anstieg bei den Abschreibungen ist insbesondere auf die Ausfi-

finanzierung der St.Galler Pensionskasse zurückzuführen, deren erste Abschreibungstranche im Jahr 2014 anfallen wird (5,6 Mio. Franken über 40 Jahre).

Kaum Einfluss auf das moderate Aufwandwachstum hat der Personalaufwand, und zwar selbst dann nicht, wenn Sie – was ich jetzt erwarte, nachdem ich die Ausführungen der Fraktionssprecher gehört habe – den beantragten 10 Stellen für die Kantonspolizei gemäss Antrag der Regierung zustimmen. Der Personalaufwand steigt insgesamt um 1,2 Prozent, rund 1 Prozent davon geht auf die höheren Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse zurück. Im Übrigen verzeichnen wir dank des Reallohnmoratoriums, das wir jetzt schon zwei, drei Jahre haben und das wir auch für den AFP 2015-2017 so eingeplant haben, dann aber auch dank der Mutationsgewinne und der bewussten Zurückhaltung bei den Stellenschaffungen keine nennenswerte Steigerung des Personalaufwands.

Nichtsdestotrotz bin ich sicher, dass unser Personal die Wertschätzung des Arbeitgebers durchaus spürt, wenn auch nicht direkt in der Lohntüte. Aber das Personal definiert sich auch nicht über den Lohn allein. Dies darf ich jeden Tag selbst erfahren. Unser Personal ist ein wichtiger Faktor für die Leistungserbringung. Wir haben gutes Personal, dem wir so gut Sorge tragen, wie es eben die derzeitige Finanzlage möglich macht. Und das Personal sieht dies mehrheitlich auch so.

Ich habe die Pensionskasse erwähnt. Deren Ausfinanzierung belastet nicht nur die laufende Rechnung (wegen der Abschreibungen), sondern insbesondere die Investitionsrechnung. Die Ausfinanzierung ist der Grund dafür, dass die Nettoinvestitionen von 171,3 Mio. Franken im Vorjahr auf einen Rekordstand von 452,2 Mio. Franken im Jahr 2014 ansteigen werden.

Beim Ausfinanzierungsbeitrag gehen wir im Budget einstweilen weiterhin von einem Betrag von rund 300 Mio. Franken aus, abzüglich der Versichertenbeteiligung von 75 Mio. Franken. Zwar hat sich seit der Volksabstimmung im Juni 2013 die Vermögens-Performance dank guter Börse erfreulich entwickelt. Auf der anderen Seite hat aber die Kammer der Pensionskassenexperten im September 2013 den Referenzzinssatz für den technischen Zins auf 3 Prozent gesenkt. Die Regierung wird deshalb noch in diesem Jahr zu entscheiden haben, ob sie zur Sicherung der

Renten unserer *Rentner* eine Rückstellung zulasten der Rechnungen 2013 der Pensionskasse des Staatspersonals und Lehrerversicherungskasse bilden und damit ihrer bei der Beratung des Pensionskassengesetzes bekundeten Verantwortung gegenüber den Rentnern gerecht werden kann und will.

Eine Rückstellung zugunsten der Aktivgeneration steht hingegen nicht zur Diskussion, zumal der Kantonsrat die Ausfinanzierung bewusst auf einen technischen Zins von 3,5 Prozent abstützte.

Eine weitere wesentliche Belastung der Investitionsrechnung ergibt sich aus den Sonderkrediten für die Erneuerung der IT-Infrastruktur der kantonalen Verwaltung. Auf den Sonderkredit "Kapo goes mobile" wird mein Kollege Fässler in der Spezialdiskussion eingehen. Der Sonderkredit für dieses Projekt war in der Finanzkommission ebenso unbestritten wie der Sonderkredit für den "Arbeitsplatz der Zukunft".

Bei diesem Vorhaben geht es um die Erneuerung der Informatik-Basis-Infrastruktur aller kantonalen Mitarbeitenden. Konkret müssen die heute noch im Einsatz stehenden Systeme ersetzt werden müssen. Das alte System garantiert keinen stabilen Betrieb mehr. Die auf Windows Vista basierenden Computer unterstützen auch die spezifischen Fachanwendungen nur noch bedingt. Die Nachfolgelösung soll in Etappen vorgenommen werden. 4'200 Arbeitsplätze und mehrere hundert Anwendungen müssen in die neue Plattform eingebunden werden. Die Finanzierung erfolgt über einen Sonderkredit in der Höhe von 40,5 Mio. Franken. Dies ist zweifellos ein stolzer Betrag. Erfreulich ist aber, dass die Gesamtkosten und insbesondere die Betriebskosten deutlich unter die heutigen Kosten zu liegen kommen, dies wohl auch dank der offenen Ausschreibung nach GATT/WTO, die auch sicherstellt, dass kein Anbieter bevorteilt wird.

Erlauben Sie mir zum Abschluss einen **Ausblick** auf den AFP 2015-2017, den die Regierung noch in diesem Jahr beraten und verabschieden wird. Es zeichnet sich ab, dass dank der Sparpakete I und II sowie des EP 2013 die Haushaltskonsolidierung in Reichweite rückt. Nach heutigem Kenntnisstand sind wir mit dem AFP ziemlich genau auf dem Kurs, den wir in der Botschaft zum EP 2013 als Zielvorgabe dargelegt hatten. Die Defizite in der Staatsrechnung gehen weiter zurück und vor-

aussichtlich ab 2016 dürfen wir wieder geringe Ertragsüberschüsse erwarten. Die Finanzlage bleibt aber dennoch angespannt. Für Luftsprünge ist die Luft weiterhin zu dünn.

Wichtig ist aber, Herr Kantonsrat Mächler hat es auch gesagt, dass wir vom eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung nicht abweichen und die in Aussicht genommenen Entlastungen auch umsetzen. Dies liegt an Ihnen; die erste Sammelvorlage zum EP 2013 haben wir Ihnen kürzlich zugeleitet. Eine weitere wird im nächsten Jahr folgen. Die beiden Sammelvorlagen kleiden die beim EP 2013 beschlossenen Massnahmen in Gesetzesvorlagen. Gern zählt die Regierung bei der Beratung darauf, dass der Kantonsrat vom Weg der Tugend nicht abweicht. Wir sind zwar auf einem guten Weg, aber noch längst nicht über dem Berg. Der verbleibende Eigenkapitalbestand belässt nur geringen Spielraum, um auf schwierige Wirtschaftslagen oder unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können.

Darüber hinaus führen die hohen Investitionen dazu, dass die kantonale Verschuldung steigen wird. Die höhere Verschuldung wird dann auch zu einem Anstieg der Abschreibungen, aber auch der Zinsaufwendungen führen, was den finanzpolitischen Spielraum nochmals einschränken wird.

Schliesslich bestehen auch auf der Ertragsseite unverändert einige Unsicherheiten. Herr Kantonsrat Hartmann-Flawil hat es erwähnt und dies macht auch mir einige Sorgen: Ich denke an die Anpassungen beim Bundesfinanzausgleich und die anstehende Unternehmenssteuerreform III.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, ich bitte Sie, den Voranschlag 2014 einschliesslich der Sonderkredite sowie des Ausgleichsfaktors im Finanzausgleich gemäss den Anträgen der Regierung zu beschliessen.